

„Die Insolvenz ist keine Eintagsfliege“

Dieter Bischoff im CDU-Wirtschaftsrat

Aachen. Die Mitglieder des lokalen CDU-Wirtschaftsrates hatten gerade mal die Teller geleert, da waren schon wieder zwei Mittelständler in Deutschland pleite. So man der Statistik Dieter Bischoffs glaubt. Der CDU-Bundestagskandidat eröffnete seine Rede beim „Mittagsgespräch“ im Elisengarten mit den Worten: „Jede Viertelstunde geht in Deutschland ein mittelständischer Betrieb pleite.“

Der Wahlkampf läuft - und Bischoff lässt kein gutes Haar am Kanzler. „Zynisch“ sei dieser, wenn er die Firmenpleiten mit den Neugründungen aufrechne. Die insolventen Betriebe seien nämlich „keine Eintagsfliegen“, „20 Prozent“ seien „länger als acht Jahre im Geschäft“ gewesen. Die Regierungspolitik sei „mittelstandsfeindlich“, dabei gelte: „Wenn es dem Mittelstand gut geht, geht es allen gut“. Ein Satz, der das Motto der Mittagsansprache sein sollte.

Grob skizzierte Bischoff jene Unions-Pläne, die im Falle eines Regierungswechsels Besserung versprechen. Von der Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften über das Abschaffen des Gesetzes zur Scheinselbstständigkeit bis zur niedrigen Steuerpauschale für

geringfügig Beschäftigte. Stichwort Steuern: Hier nennt der Kandidat drei Schlagworte - „niedriger, gerechter, einfacher“. So solle es werden, das Drei-Stufen-Modell („15, 25 sowie unter 40 Prozent“). Zur Finanzierung sagte er nichts. Anders bei der Öko-Steuer. Man habe sich „inzwischen so an das süße Gift gewöhnt“, dass man diese nicht mehr abschaffen könne. Möglich sei einzig, „die nächste Stufe auszusetzen“. Dies allerdings sei „ein schwieriges Unterfangen“, wolle man die Rentenbeiträge nicht erhöhen. „Unbedingt“ bedürfe es einer „Gemeindesteuerfinanzreform“. Durch die Gewerbesteuerumlagen fehlten der Stadt Millionen. Das „Konnexitätsprinzip“ sei nicht mehr gewahrt, wenn der Bund Gesetze mache, deren Folgen die Kommunen nicht finanzieren könnten. „Wer bestellt, bezahlt. So einfach ist das. Und so einfach muss das werden.“

Abschließend gab es Statements zur Bildungspolitik. Die SPD brüste sich damit, dass sie den Bildungsetat um 20 Prozent erhöht hätte. Dabei habe sie eine 50-prozentige Aufstockung versprochen. Und die „nötige Hochbegabtenförderung“ gebe es immer noch nicht. (pm)